

# Dialogische Beteiligung zur Einführung eines Maßregelvollzugs in Bad Cannstatt

## Dokumentation der Planungswerkstatt

Zeit: 17. Mai 2025, 10.00-17.00 Uhr

Ort: Schulungszentrum des DRK

Als dritter Baustein der Beteiligung zur Einführung eines Maßregelvollzugs in Bad Cannstatt wurde eine Planungswerkstatt durchgeführt, an der 17 Bürgerinnen und Bürger aus Bad Cannstatt sowie neun Expertinnen und Experten teilgenommen haben.

In der Planungswerkstatt hatten die Teilnehmenden nach einer thematischen Einführung und einem Rundgang durch das DRK-Klinikum und die Umgebung die Möglichkeit, eigene Empfehlung zu drei Themenbereichen zu formulieren.

### Agenda

Zeit	Inhalt
Ab 09:30	<b>Einlass und Anmeldung</b>
10:00	<b>Begrüßung und Einführung</b>
10:15	<b>Vorstellung des Beteiligungsprozesses</b>
10:30	<b>Eckpunkte zum geplanten MRV</b>
10.50	<b>Führung durch das DRK-Klinikgebäude und Rundgang durch die unmittelbare Nachbarschaft</b> Gruppenführung durch das Klinikgebäude und Rundgang rund um das Gebäude im Viertel
12:30	<b>Mittagessen</b>
13:30	<b>Gruppenarbeiten I</b> Diskussion in Kleingruppen zu folgenden Themenschwerpunkt: <ul style="list-style-type: none"> <li>• Bauliche Maßnahmen und Sicherheit</li> <li>• Kommunikation und Kooperation</li> <li>• Denkbare (Ausgleichs-)Maßnahmen in Bad Cannstatt</li> </ul>
14:30	<b><i>Pause</i></b>
14:45	<b>Gruppenarbeit II</b> Fortsetzung der Kleingruppen-Arbeit
15:30	<b><i>Kurze Pause</i></b>
15:35	<b>Vorstellung, Diskussion und Finalisierung der Ergebnisse aus der Gruppenarbeit</b>
16:55	<b>Feedback, Ausblick und Dank</b>
17:00	<b>Ende der Veranstaltung</b>

## Empfehlungen der Planungswerkstatt-Teilnehmenden

Am 17.05.2025 fand die Planungswerkstatt mit rund 20 Teilnehmenden statt. Vertreten waren die Gruppen der Bewohner\*innen und Gewerbetreibenden von Bad Cannstatt, die sich in weiten Teilen in einem Aktionsbündnis gefunden haben, das durch die Bürgerinitiative Schöne Straße e. V. ins Leben gerufen wurde, Stadtteilpolitik, Sozialplanung der Stadt Stuttgart, Sozialwesen. Sie wurden unterstützt von Expertinnen und Experten aus dem Sozialministerium, dem Zentrum für Psychiatrie und der Servicestelle Dialogische Bürgerbeteiligung.

Die Zielsetzung der Planungswerkstatt war es, gemeinsam zu überlegen, welche Maßnahmen unternommen werden sollen, um die Kommunikation mit der Bevölkerung zu verbessern und um Ausgleichs-/Kompensationsvorschläge für Bad Cannstatt zu erarbeiten.

Ziel ist, dass die Maßregelvollzug-Einrichtung möglichst wenig Belastung für Bad Cannstatt und seine Anwohnerschaft verursacht. Hierfür sehen die Teilnehmenden Handlungsmöglichkeiten in folgenden drei Bereichen:

1) Bauliche Maßnahmen und Sicherheit; 2) Kommunikation und Kooperation; 3) Denkbare (Ausgleichs-)Maßnahmen in Bad Cannstatt, z.B. Stadtteilentwicklung.

Es handelt sich lediglich um Empfehlungen. Das Ministerium wird prüfen, welche Vorschläge davon umsetzbar sind und welche nicht. Die Antwort wird nach Prüfung veröffentlicht und begründet.

### Bauliche Maßnahmen und Sicherheit

**Zum Thema Bauliche Maßnahmen und Sicherheit** empfehlen wir konkret:

1. Wir fordern die Verlegung des Polizeireviere Bad Cannstatt von der Martin-Luther-Straße/Ecke Waiblinger Straße an den Wilhelmsplatz oder die Schaffung eines zusätzlichen Polizeipostens, 24 Stunden besetzt, denn hier ist die Notwendigkeit zur Kriminalitätsprävention und -bekämpfung deutlich höher. Dies dient der Sicherheit der Anwohnenden und der Patienten, auch im Hinblick auf den Cannstatter Wasen sowie Sport- und Musik-Großveranstaltungen. Als Sofortmaßnahme sollte ein mobiler Polizeiposten z. B. auf dem Parkplatz des Amtsgerichts eingerichtet werden.

2. Der bestehende Haupteingang des Klinikgebäudes (Haus Nr. 35) mit Pfortnerbereich soll der einzige Ein- und Ausgang für den Klinikbetrieb sein und 24/7 mit Sicherheitspersonal besetzt werden. Der Ausgang der Patienten soll per Hausordnung so geregelt werden, dass das Klinikgebäude nur mit konkretem Ziel verlassen werden darf und kein Aufenthalt im Eingangsbereich (z.B. zum Rauchen) gestattet ist. Die bestehende Passage zur Altstadt bleibt erhalten und wird beleuchtet und mit Kamera überwacht. Das Gebäude Nr. 37 (sog. Schwesternwohnheim) wird nicht als Patientenbereich genutzt.

3. Für die Wohnqualität der Patienten und die Attraktivität des Quartiers braucht es eine ansprechende äußere Gestaltung. Sie muss Belange des Hitze- und Klimaschutzes berücksichtigen und die Aufheizung der Fassade und des Quartiers vermeiden, z. B. durch

Begrünung. Eine geeignete Außenbeleuchtung trägt zur Sicherheit bei. Ein geeigneter Sichtschutz soll Sichtbeziehungen zwischen Nachbarschaft und Patienten minimieren. Freundlich gestaltete Außenbereiche (Grünstreifen Richtung Seilerviertel) sollen für die Öffentlichkeit zugänglich sein.

4. Sicherzustellen ist, dass die Patientenzahl sich an den räumlichen Möglichkeiten bemisst und nicht am möglicherweise wachsenden Bedarf. Die Einrichtung und ihre Außenanlagen dürfen nicht durch Beengtheit Stress erzeugen und damit den Behandlungserfolg gefährden. Die Patienten brauchen genügend große geschlossene Außenbereiche, die in nachbarschaftsverträglicher Weise eingerichtet werden. Überschreitung der geplanten Anzahl von 80 Patienten und Änderungen beim Lockerungsgrad müssen partizipativ mit dem Bezirksbeirat als ständiger Vertretung der Bürgerschaft entschieden werden.

5. In der Interimszeit bis zur Inbetriebnahme muss durch das Gebäudemanagement eine regelmäßige Gebäude- und Umfeldpflege (Kehrwoche, Gartenarbeiten) sichergestellt werden, damit das Umfeld nicht durch Unordnung, Schmutz und Wildwuchs abgewertet wird. Dazu gehört auch eine Sicherheit herstellende nächtliche Beleuchtung, die das Umfeld nicht beeinträchtigt.

## Kommunikation und Kooperation

**Zum Thema Kommunikation und Kooperation** empfehlen wir konkret:

1. Es hat sich gezeigt, dass die Informationsveranstaltung am 05.05.2025 nicht die Erwartungen der Bad Cannstatter Bürgerinnen und Bürger erfüllt hat. Um die Akzeptanz und das Vertrauen in den Planungsprozess zu stärken sowie eine informierte öffentliche Diskussion zu ermöglichen, soll zukünftig eine transparente Kommunikation sichergestellt werden. Grundsätzlich sollen die Informationen zur Einführung des Maßregelvollzugs klarer, umfassender und zielgruppengerechter aufbereitet werden. Eine niedrigschwellige zusätzliche Informationsveranstaltung sollte durchgeführt werden, um den aktuellen Stand der Planungen darzustellen. Zusätzlich soll eine Führung durch das Krankenhaus angeboten werden, um räumliche Veränderungen und das vorliegende Konzept für den Maßregelvollzug besser zu verstehen.

Die bisherigen Beteiligungsaktivitäten sind in der Bevölkerung zu wenig bekannt. Aufgrund der sehr unterschiedlichen Zielgruppen in Bad Cannstatt müssen unterschiedliche Informationskanäle genutzt werden. Dies reicht von analogen Angeboten über persönliche Ansprache bis hin zu digitalen Formaten. Es wird vorgeschlagen, folgende Kommunikationswege zu nutzen: Die Pressearbeit sollte intensiviert werden, etwa durch gezielte Artikel in lokalen Zeitungen. Auch die Präsenz vor Ort ist zu verstärken, zum Beispiel durch einen Informationsstand auf dem Markt und bei bedeutenden Veranstaltungen in Bad Cannstatt. Darüber hinaus sind Postwurfsendungen ein geeignetes Mittel, um Haushalte direkt auf Veranstaltungen hinzuweisen. Online-Angebote können die Kommunikation ergänzen, sind jedoch nur für bestimmte Zielgruppen geeignet. Wichtig ist auch, Termine für

Veranstaltungen so zu planen, dass sie für möglichst viele Bürgerinnen und Bürger geeignet sind – etwa durch verschiedene Uhrzeiten und Wochentage.

Die Initiative vor Ort soll im Rahmen ihrer Möglichkeiten als Ansprechpartnerin und Kommunikationsknotenpunkt zwischen dem ZfP bzw. dem Sozialministerium und der Bürgerschaft dienen. Darüber hinaus sollen klare Ansprechpersonen benannt und offiziell kommuniziert werden, um den Informationsbedarf zu stillen. Die Sitzungen des Sozial- und Gesundheitsausschusses sowie des Bezirksbeirats können ebenfalls als mögliche Informationsquellen genutzt werden.

Darüber hinaus sollte ein dauerhafter Runder Tisch in Bad Cannstatt eingerichtet werden, der sich am Vorbild des Runden Tisches im Baur-Areal orientiert. Er soll nicht nur das Thema MRV begleiten, sondern als langfristiges Beteiligungsgremium im Stadtteil dienen.

Diese Empfehlungen sollen die Transparenz zu erhöhen, das Vertrauen zu stärken und die Bevölkerung aktiv in den weiteren Prozess einzubinden.

2. Auch nach Einrichtung des MRVs in Bad Cannstatt ist es wichtig, die Kommunikation und den Austausch mit der Bevölkerung zu verstetigen. Die Struktur des MRV muss für alle nachvollziehbar und überprüfbar kommuniziert werden. Mögliche Änderungen in der Organisation oder im Betrieb müssen frühzeitig und breit kommuniziert werden. Ziel ist es, vor Ort ein besseres Verständnis des MRVs und die Überprüfbarkeit seiner Umsetzung sicherzustellen.

Um die Erreichbarkeit bei Fragen oder Anliegen sicherzustellen, sollen Ansprechpersonen benannt und eine allgemein zugängliche Kontaktnummer eingerichtet werden. Hierdurch soll jederzeit eine niederschwellige Kontaktaufnahme möglich sein.

Des Weiteren soll ein Klinikbeirat eingerichtet werden, in dem interessierte Bürgerinnen und Bürgern oder Angehörige der Bürgerinitiative Mitglieder werden können. Hierdurch wird der dauerhafte Austausch zwischen dem MRV und der Bürgerschaft sichergestellt.

3. Um das soziale Miteinander zu stärken, wird empfohlen, gezielte Maßnahmen zur Integration und sichtbaren Beteiligung der Klinik in die Quartiersgestaltung umzusetzen. Ein zentrales Element kann die Gründung einer Recycling- bzw. Gärtnergruppe sein, die sich aktiv um die Pflege von Grünflächen – zum Beispiel rund um den Schiffmannbrunnen – kümmert. Diese Gruppe könnte Aufgaben wie das Sammeln von Müll, einfache Recyclingarbeiten und die Pflege von Blumeninseln übernehmen. Solche Maßnahmen tragen nicht nur zur Verschönerung des Quartiers bei, sondern auch zur sozialen Teilhabe und Beschäftigung der Patientinnen und Patienten.

Die Umsetzung dieser Aufgaben kann im Rahmen der Arbeitstherapie organisiert werden, wodurch eine sinnstiftende Tätigkeit entsteht, die sowohl therapeutische als auch gemeinwohlorientierte Aspekte verbindet. Perspektivisch ließe sich dies auch mit einer beruflichen Qualifizierung im Bereich Fachwerker für Recycling verknüpfen. Um die Nachhaltigkeit der Maßnahmen zu sichern, sollte geprüft werden, ob die Pflege der Grünanlagen, insbesondere um den Schiffmannbrunnen, grundsätzlich durch die öffentliche Hand übernommen werden kann. Dabei sollte eine enge Kooperation mit der Klinik angestrebt werden, um Synergien mit den dort bestehenden arbeits- und sozialtherapeutischen Angeboten zu nutzen.

Ein wichtiger Aspekt bei der Pflege dieser öffentlichen Flächen ist die Vermeidung unerwünschter Nutzungen, insbesondere des Drogenhandels. Die kontinuierliche Präsenz

durch Pflegekräfte, Patientengruppen oder therapeutisch begleitete Tätigkeiten kann dem vorbeugen. Die regelmäßige Nutzung und soziale Kontrolle des Raumes fördern ein sicheres Umfeld und stärken die positive Wahrnehmung des MRV in der Nachbarschaft.

Darüber hinaus wird empfohlen, die Zusammenarbeit mit dem Gemeindepsychiatrischen Verbund Stuttgart gezielt auszubauen. Es soll geklärt werden, wie die Schnittstellen zwischen dem MRV und dem Verbund ausgestaltet werden können, um eine abgestimmte Versorgung und Integration in bestehende gemeindepsychiatrische Strukturen im Großraum Stuttgart zu ermöglichen. Dabei gilt es, sowohl fachliche als auch quartiersbezogene Kooperationsformen zu entwickeln, die eine gute Einbindung der Einrichtung in das lokale Netzwerk gewährleisten.

## Denkbare (Ausgleichs-)Maßnahmen in Bad Cannstatt

**Zum Thema Denkbare (Ausgleichs-) Maßnahmen in Bad Cannstatt** empfehlen wir konkret:

1. Wir empfehlen die Attraktivität der direkten Umgebung - Gebiet Seilerwasen (Areal zwischen Badstraße, Neckar und Eisenbahnstraße) – durch Bepflanzungen und zusätzliche Bäume als Sichtschutz und Verschattung in der Badstraße sowie die Einrichtung eines verkehrsberuhigten Bereichs im Seilerwasen zu steigern.
2. Das DRK-Klinikgebäude (Gebäude 35) bietet eine große Chance für Verbesserung der Infrastruktur in der Nachbarschaft in Bad Cannstatt. Wir empfehlen deshalb die Einrichtung einer multifunktionalen Begegnungsstätte, wie z. B. eines Stadt-/Bürgerhauses oder eines Sozialcafés, das offen für die Nachbarschaft ist und von örtlichen Bäckereien beliefert wird. Darüber hinaus sollen die Räumlichkeiten dieser Begegnungsstätte als Treffpunkt für Vereine und Initiativen bis in die späteren Abendstunden (nach 22 Uhr) zugänglich sein. Um die ambulante gesundheitliche Versorgung im Stadtteil zu verbessern empfehlen wir die Eröffnung einer Kinder- und Jugendarztpraxis. Durch die Einrichtung einer öffentlichen Toilette soll die Gesamtinfrastruktur und Aufenthaltsqualität in der Nachbarschaft verbessert werden. Für die Weiternutzung des ehemaligen Wohnheims (Gebäudes 37) empfehlen wir, dort Wohnungen für Auszubildenden und Studierenden zu schaffen.
3. Die notwendige Quartiersentwicklung im Zuge der Ansiedlung des Maßregelvollzugs bietet neue Möglichkeiten für die Stadtentwicklung, z. B. das Aufgreifen und die Förderung der vorhandenen Konzepte für die „Stadt am Fluss“ und die Schaffung attraktiver Freizeitflächen.
4. Um grundsätzlich die Sichtbarkeit der Ressourcen und Vorteile, die Bad Cannstatt bietet sichtbar zu machen, empfehlen wir den Dreh eines Imagefilm über die Bad Cannstatter Altstadt in Auftrag zu geben und zu produzieren.

**Basis für alle weitere Planung muss die transparente Information und Einbindung der Bürgerinnen und Bürger sein, bei der alle konkreten Planungs- und Umsetzungsstände kommuniziert werden und eine Kontrolle durch die Bürgerschaft möglich ist. Mit den genannten Maßnahmen wird das Ziel verfolgt, dass die Bad Cannstatter Altstadt ein sicherer, lebenswerter, attraktiver Ort wird. Wenn die Landesregierung die Sorgen der Bevölkerung wirklich ernst nimmt, muss sie für Sicherheit und Sauberkeit im gesamten Umfeld der geplanten Maßregelvollzugs-Einrichtung im Dreieck zwischen Wasen, Kursaal und Neckar sorgen. Nur dadurch kann echte Akzeptanz der Bad Cannstatter Bürgerinnen und Bürger bewirkt werden.**

Teilnehmende der Planungswerkstatt am 17.05.2025 in Bad Cannstatt

Michael Dieter, Uwe Eggert, Kathrin Förschler, Sandra Kuhnle, Bernd Marcel Löffler, Markus Neid, Manuela Reichle, Meike Reisle, Uwe Scheiblhuber, Sandra Sobol, Julia Wagner, Susanna Will, Karin Schiffmann, Dieter Wunder